

dentem-Ruhmes aussetzte: Am 19. Mai muß die Bundesrepublik sich auf der Konferenz des GATT (Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen) mit dem Vorwurf auseinandersetzen, Westdeutschland erhebe immer noch zu hohe Einfuhrzölle, was angesichts der günstigen Devisensituation Westdeutschlands gegen den GATT-Vertrag verstoße.

Neumanns Unternehmerbrief, der mit einem Sonderschreiben zahlreichen Redaktionen zugeht, war jedoch keineswegs als Mitteilung der notleidenden Textilwirtschaft gekennzeichnet. Das Deutsche Industrieministerium vertritt die publizistischen Interessen der gesamten Industrie und arbeitet eng mit dem Industrieverband BDI zusammen. Das Verlangen nach einer kompromißbereiten Wirtschaftspolitik wurde deshalb in Bonn als allgemeiner Revisionsantrag gegen die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung gewertet.

Nach dem für Erhard günstigen Ausgang seiner Präsidentschafts-Nominierung war vorauszusehen, daß die Attacke des BDI-Vizepräsidenten Neumann gerade die Vermutungen bekräftigen mußte, die der Verband und sein Präsident Fritz Berg („Ich habe Erhard, den ich seit Rosenmontag nicht mehr gesprochen habe, wirklich nicht als Präsidentschafts-Kandidaten in die Diskussion gebracht“) so heftig zu entkräften versucht hatten.

Die Presse setzte sich deshalb ein zweites Mal für den Champion der Marktwirtschaft ein. „Gerade die vergangenen Wochen haben gezeigt“, so predigte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „daß hinter Professor Erhard ein überraschend großer Teil der gesamten Bevölkerung steht. Doch diese Popularität... lastet auf manchen Leuten wie ein böser Traum... Es ist ein trauriges Zeichen, daß gerade Unternehmer nicht müde werden, Barrikaden gegenüber dem Wirtschaftsminister zu errichten.“

Als Ludwig Erhard am vergangenen Dienstag nach einem Kuraufenthalt in Glotterbad und nach EWG-Geschäften in Brüssel nach Bonn zurückkehrte, war die Stimmung in der Bundeshauptstadt so weit geschürt, daß die CDU-Fraktion stürmisch nach einem Auftritt ihres Wirtschaftsführers verlangte. Im Fraktionssaal stellte sich Erhard unter dem Holzkreuz. Er erklärte siegesicher, daß vorübergehende Krisen in einzelnen Industrien noch keine schwerwiegenden Eingriffe rechtfertigten und daß er überhaupt einen neuen Stil der Wirtschaftspolitik ablehne.

Der Bundeswirtschaftsminister empfing nach seiner Rede selbst aus dem Lager der vermeintlichen Gegner Vertrauensbeweise: Dr. Günther Serres, Geschäftsführer der Fachvereinigung Krawatten- und Schalindustrie sowie Vorsitzender des Außenhandelsausschusses des Bundestags, versicherte, daß keineswegs die ganze Textilindustrie hinter dem Angriff auf Erhard stehe.

Als einen der Triumphe, die dem sichtlich auflebenden Bundeswirtschaftsminister seit seinem Ausflug in die Präsidentschaftskandidatur ohne sein Zutun zufallen, konnte Erhard auch noch eine Abfuhr des CDU-Kollegen Dr. Fritz Hellwig erleben. Sie versetzte dessen Ambitionen auf den Posten des Bundeswirtschaftsministers einen weiteren Stoß.

Hellwig hatte schon immer Schwierigkeiten, seiner Doppelrolle als Direktor des Deutschen Industrieministeriums und aktiver Politiker — er ist Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses im Bundestag — gerecht zu werden. Auf der CDU-Sitzung versuchte er, den Appell Neumanns durch den Hinweis auf die unzweifelhaften Schwächen der westdeutschen Konjunktur zu rechtfertigen. Seine Rede vor der Fraktion erntete jedoch nur Mißfallen und eisiges Schweigen.



Erhard-Kritiker Neumann  
Beifall am Telefon

Hinzu kam, daß Hellwig und sein Institut keine rechte Einheitsfront gegen die auf sie herniederprasselnden Vorwürfe zu bilden vermochten. Während der für den Unternehmerbrief verantwortliche Redakteur Dr. Mansfeld es so darstellt, daß „führende Unternehmer und Wirtschaftsverbände“, vor allem aus den konjunkturschwachen Branchen Kohle, Stahl und Textil, Neumanns Vorstoß inspiriert hätten und der Artikel „den leitenden Herren (des Industrieministeriums) — unter anderem Dr. Hellwig — bekannt gewesen und von ihnen gebilligt worden“ sei, erklärte Hellwig, der Artikel sei ihm nicht bekannt gewesen. Auch die Verbreitung des Briefes durch einen Sonderdruck sei Neumanns eigener, einsamer Entschluß gewesen.

Obwohl ihm von offizieller Seite noch kein Beistand geleistet wird, setzt Carl Neumann — durch viele telefonische Glück-



Neumann-Verteidiger Hellwig  
Schweigen in der Fraktion

wünsche ermuntert — seinen Feldzug für einen Stilwandel der Wirtschaftspolitik fort und sucht nach Bundesgenossen. In einem am letzten Wochenende für „Die Welt“ geschriebenen Artikel teilte er zur Erläuterung seiner Attacke mit, für die Textilindustrie habe Erhards Forderung nach Preissenkungen und Mengenkonzunktur wie ein Faustschlag wirken müssen. Es sei insbesondere in der Handelspolitik an der Zeit, die Politik der passiven Anpassung durch Strategie zu ersetzen und in Einfuhrfragen nicht Positionen zu verschenken, nur um der Welt ein Beispiel echter Marktwirtschaftspolitik zu geben. Erhard müsse nunmehr „vom Bannerträger zum Strategen“ werden.

Mit Eifer weist das Industrieministerium darauf hin, daß der Vizepräsident Neumann doch seit langem schon zu Ludwig Erhards Fürsprechern und Freunden zähle. Das Freundschaft-Freundschaft-Klatschen trug jedoch im Bonner Wirtschaftsministerium nicht dazu bei, den Ernst dieser ersten — nicht auf Einzelfragen, sondern auf das Ganze der Wirtschaftspolitik abgestellten — grundsätzlichen Kritik an der sozialen Marktwirtschaft zu verkennen.

Orakelte einer der engsten Vertrauten Ludwig Erhards in Bonn: „Es gibt ja Freunde, vor denen man sich mehr fürchten muß als vor seinen Feinden.“

## DEUTSCHE FRAGE

### Kaudinisches Joch\*

Meine Herren, ich gebe Ihnen „Feuer frei“ zum Rufmord.“ Mit dieser vorbeugenden Defensivfloskel brachte der sozialdemokratische Präsidentschafts-Kandidat Carlo Schmid im Auswärtigen Ausschuss des Bonner Bundestags nach seiner Rückkehr aus Moskau die bittere Frucht der Erkenntnis dar, die er von den Bäumen des Kremls gepflückt hatte. Schmid Bilanz: „Der internationale Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands ist verbaut. Nur der nationale Weg ist noch offen — Verhandlungen mit der DDR.“

Carlo Schmid unternahm den verdienstvoll-couragierten Versuch, dem Kanzler, dem Außenminister und den Außenpolitikern des Bonner Parlaments in ungeschminkter Klarheit die Konsequenzen darzulegen, die er aus seinem Gespräch mit Chruschtschew zieht. Die Westdeutschen müßten, so meditierte der Essayist Machiavells vor den rheinisch-bayrischen Amateuren der kleinen Residenz hinter den Sieben Bergen, auf die sowjetischen Bedingungen eingehen und mit DDR-Instanzen über die Wiedervereinigungsprozedur sprechen.

Nur so könnten die Deutschen auf dem Wege zur Einheit ihres Landes vorankommen. Der Weg sei lang, beschwerlich und unsicher, aber es gebe keinen anderen. In der Geschichte würde es nicht zum erstenmal geschehen, daß die Annahme von Bedingungen des Siegers oder des Mächtigeren den Besiegten stärken würde. Schmid: „Das kaudinische Joch kann auch befreien.“

Die Bundesrepublik müsse danach trachten, sich mit der sowjetischen Militärprovinz in Mitteldeutschland, der Deutschen Demokratischen Republik, zu verklammern. Falls es gelinge, beide Teilstaaten miteinander zu verknüpfen, werde das SED-Regime auf die Dauer nicht die unumschränkte Alleinherrschaft über Ter-

\* Ein 321 v. Chr. bei Caudium besiegtes römisches Heer wurde vom Sieger gezwungen, unter einem aus drei Speien gebildeten Joch hindurchzugehen.

ritorium und Bevölkerung der DDR konservieren können.

Die SPD-Politiker Schmid und Erl er verschonten sich selber und ihre Bonner Auditorien nicht mit der herben Wahrheit, daß Stalins Nachfolger Nikita Chruschtschew das Pankower SED-Regime um keinen erschwinglichen Preis opfern will — auch nicht zugunsten eines entmilitarisierten, neutralisierten gesamtdeutschen Staates. Die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Nato ist für ihn uninteressant.

Das amtliche Bonn nahm die Resignation der sozialdemokratischen Aufklärer zunächst kommentarlos zur Kenntnis. Erst der CDU-Berufsjugendliche und Bundestagsabgeordnete Majonica rührte die Propagandatrommel: „Nach dem, was aus den Gesprächen Ollenhauers, Carlo Schmid und Erlers bisher bekanntgeworden ist, ist in ihnen die Auffassung der Bundesregierung über Moskaus Ziele und Standpunkt bestätigt worden.“ Und CDU-Bundestagsfraktionsvorsitzender Krone wie CSU-Landesgruppenleiter Höcherl frohlockten nach christlicher Biedermannsart: „Wir können

## AA-PROZESS

### Auf Motiv-Suche

Im cremefarbenen Dienst-Cabriolet Mercedes 300 läßt sich der Angeklagte Walter Hallstein an jedem Verhandlungsmorgen vors Landgericht in Bonns Wilhelmstraße chauffieren; sein Richter nimmt die Straßenbahn. Drei Wochen lang hat der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Helmut Quirini, 46, dessen dunkles Haar bereits von grauen Strähnen durchzogen ist, den größten politischen Prozeß der rheinischen Republik gegen Staatssekretär Hallstein und Botschafter Blankenhorn zum Wohlgefallen von Angeklagten und Anklägern mit Tempo und Temperament dem jetzt bevorstehenden Höhepunkt von Plädoyers und Urteil entgegengeführt.

In der letzten Verhandlungswoche machte sich dieser Richter nun erstmals auf die Suche nach den möglichen Motiven der falschen Anschuldigung und üblen Nachrede zum Schaden des Ministerialrats Strack. Unter den Zeugen war Stracks ehemaliger Untergebener, der Vortragende Legations-

als einer der fähigsten deutschen Diplomaten bezeichnet worden war. Das Gericht lehnte eine Vereidigung dieses Zeugen ab, der nach Aussage des Ministerialrats Strack über den unbequemen Außenhandelsberater Hertslet wörtlich erklärte: „Wir werden dem Herrn schon Rason beibringen und ihm die Steuer- und Devisenfahndung auf den Hals schicken.“ Was auch geschehen ist.

Genau wie Seeliger war Allardt — der eine devot, der andere lärmend — als Informant oft durch Bonner Amtsstuben getrippelt, wenn es etwas Nachteiliges über den Rivalen Strack und dessen Beziehungen zu dem legendären Hertslet zu berichten gab. Und genau wie Seeliger hat Allardt seit der Strack-Affäre eine Achtung verdienende Karriere zurückgelegt: Seeliger wurde in den Auswärtigen Dienst übernommen, Allardt wurde von Hallstein aus dem fernen Djakarta in Indonesien — wo er inzwischen Missionschef geworden war — als Generaldirektor in die Europäische Wirtschaftsbehörde nach Brüssel berufen.

War das Verhalten dieser beiden Zeugen einleuchtend, so suchte Oberstaatsanwalt Drügh auch jenes Zwieltich aufzuhellen, in dem die Gründe für Botschafter Blankenhorns Handlungsweise liegen. „Haben Sie mal“, so fragte der Oberstaatsanwalt den Ministerialrat Strack, „irgendwie ein Renkontre mit Herrn Blankenhorn gehabt? Ich suche nach dem Motiv, nach dem Verständnis dafür. Haben Sie ihm mal auf den Fuß getreten...?“

Strack: „Wir haben meiner Ansicht nach ein sehr freundschaftliches Verhältnis gehabt.“ In der Tat waren die beiden im selben Jahr der Weimarer Republik in das AA eingetreten und als Crew-Kameraden Duzfreunde. Doch Strack, nicht Blankenhorn, war der Sprecher jenes Jahrgangs. Nach und nach schälten sich aus der nur in diesem Punkt stockend und zögernd vorgetragenen Aussage des Ministerialrats auch drei Punkte heraus, die seinem Crew-Kameraden auf der Anklagebank das Blut in den Kopf treiben:

- ▷ In einem Schreiben an das Außenamt hatte sich Bundeswirtschaftsminister Erhard zur Zeit des Israel-Vertrags-Abschlusses energisch eine Einmischung des Auswärtigen Amtes in handelspolitische Aufgaben verboten. Obgleich Strack von dem Brief nichts wußte, konnte er als Orient-Referent des Bundeswirtschaftsministeriums im Außenamt als Urheber dieses peinlichen Briefes gelten.
- ▷ Schon Anfang 1951, als das AA gerade erst aufgebaut wurde, hatte Strack von Wirtschaftsverhandlungen in Kairo ein Dokument über die Beendigung des Kriegszustandes mit Ägypten mitgebracht, das Bundeswirtschaftsminister Erhard dazu benutzen konnte, dem Bundeskanzler zu beweisen, wie erfolgreich seine Emissäre im Gegensatz zu den AA-Anfängern unter Blankenhorn die deutschen Interessen im Ausland vertraten.
- ▷ Später, im Juni 1951, traf ein ägyptischer Minister zu Besuch in Bonn ein. Aus diesem Anlaß verfertigte Strack eine Aufzeichnung für Professor Erhard, in der er darauf hinwies, daß der ägyptische Generalkonsul bereits zehnmal vergeblich im AA vorstellig geworden sei, um einen Diplomaten-Austausch Kairo—Bonn zu erreichen. Diese Aufzeichnung zeigte Erhard dem Kanzler.

Strack: „Wir trafen dann mittags im Königshof ein. Der ägyptische Minister mit seinem Gefolge war da, unser Minister und so weiter. Herr Blankenhorn, der auch geladen war, kommt zur Tür herein, kommt auf mich zu und sagt: Warum greifst du deine alte Behörde an? — und zeigte mir das Schreiben, das ich meinem



Kreml-Forscher Schmid, Ollenhauer, Erl: Im Osten nichts Neues

jetzt nur die Hoffnung haben, daß Fraktion und Partei der Sozialdemokraten aus diesen Erfahrungen die Konsequenzen, insbesondere gegenüber Moskau, ziehen. Das wäre im Interesse Deutschlands.“

Derart selbstgefällige Wünsche mußten die Christdemokraten, deren amtliche Politik die Deutsche Frage bislang um keinen Deut vorangebracht hat, bald fahren lassen. Im Papierkrieg der Parteipressendienste erwiderte SPD-Erl: „Die beiden Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion fordern . . . die SPD auf, sich jetzt plötzlich jener Politik der letzten zehn Jahre anzuschließen, die uns in die jetzige ernste Lage hineingebracht hat. Dazu liegt keine Veranlassung vor.“

Tags darauf wandte sich die SPD mit ihrem Deutschlandplan „an die Weltöffentlichkeit“. Die Autoren kommentieren seinen Zweck: „Er trägt der Lage, wie sie sich jetzt darstellt, Rechnung und zieht die Folgerungen daraus.“

Von den „Folgerungen“, die Carlo Schmid und Fritz Erl in ihrer Lagebeurteilung gezogen haben, ist in diesem perfekten Entspannungs-, Sicherheits- und Wiedervereinigungs-Fahrplan kaum etwas wahrzunehmen.

rat Seeliger, eine jener „widerspruchsbe-reiten Persönlichkeiten“, die Staatssekretär Hallstein nach seinen Angaben im AA erzog. Seeliger konnte sich nicht daran erinnern, ob er eine Meinung zum Israel-Vertrag gehabt hatte.

QUIRINI: „... Es könnte doch sein, daß Sie eine Meinung gehabt haben.“

SEELIGER: „Das glaube ich nicht...“

QUIRINI: „Ist ja auch kein Unglück, wenn Sie 'ne andere Meinung hatten.“

SEELIGER: „Ich sagte ja schon, daß ich es nicht weiß.“

Mit unterschiedlichen Gefühlen hörten die beiden Angeklagten, unter deren Herrschaft im Auswärtigen Amt so geartete Beamte zu Repräsentanten Westdeutschlands avancierten, der Aussage zu. Herbert Blankenhorn wollte sich ausschütten vor Lachen über das kläglich-kleinlaute Schauspiel. „Ist der Vortragende Rat?“ fragte er glucksend seinen Mitangeklagten Hallstein. Indigniert tat der ehemalige Behördenchef des Außenamts, als habe er nichts gehört und studierte mit verkniffenem Gesicht in seinen geliebten Akten.

Zuvor war der Botschafter Allardt an das Zeugenpult getreten, der von Hallstein